

MÄRKISCHER KREIS

Atomwaffenfreie Zone

Der Rauk SPD Kierspe

August/September 1991

Liebe Rauk-Leserinnen, liebe Rauk-Leser,



dieser Rauk umfaßt Artikel mit den unterschiedlichsten Themenbereichen. Die Themen sind der schon fast vergessene Golfkrieg, die erneute Diskussion um den § 218, die Einführung einer Pflegeversicherung, die geplante Kommunalreform, die dringend notwendige Hallenbadsanierung mit dem evtl. Bau eines Blockheizkraftwerks und die anstehende Neuaufstellung des Flächennutzungsplans in unserer Stadt, wobei die einzelnen Artikel die Meinungen der Verfasser und Verfasserinnen wiedergeben.

Vermissen werden Sie "Willem und Karl". Werner Keune, Autor dieser Serie, ist im April 1990 verstorben und hinterläßt sicher nicht nur hier eine große Lücke.

Ein Jahr und 4 Monate sind seit der Landtagswahl in NRW vergangen, die der SPD und unserer Landtagsabgeordneten Irmgard Schmid ein hervorragendes Ergebnis gebracht hat. Auch bundesweit befindet sich die SPD im Aufwind.

Seit Mai 1991 ist Björn Engholm Vorsitzender der SPD. Auf ihn stützen sich viele Hoffnungen innerhalb und außerhalb der Partei.

Mit großer Freude haben wir zur Kenntnis genommen, daß Deutschland-Ost und Deutschland-West wiedervereint sind. Deutsche sind in Freiheit wieder ein Volk! Die Menschen in den fünf neuen Bundesländern benötigen unsere Hilfe. Ohne Steuererhöhungen ist das nicht möglich. Die Versprechungen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung vor der Wahl – ohne Steuererhöhungen klarzukommen – waren wahltaktisch und unwahr – die uns allen bekannte Steuerlüge! Die SPD hat den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl klar gesagt, daß Steuererhöhungen zur Finanzierung der Deutschen Einheit unvermeidlich sind.

Das Verständnis der Menschen in den alten Bundesländern für die Steuererhöhungen und Belastungen darf aber nicht überstrapaziert werden, denn mal wieder sind die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen die Hauptbelasteten, – dies lehnt die SPD als unsozial ab!

Auf ein weiteres weltpolitisches Ereignis, den Golfkrieg, wird in diesem Rauk eingegangen. Die Vorgänge in Jugoslawien erfüllen uns mit großer Sorge.

Auch kommunalpolitisch sollten hier zwei Dinge besonders hervorgehoben werden:

Der Rat der Stadt Kierspe entschied sich mit großer Mehrheit und der Rat der Stadt Meinerzhagen sogar einstimmig für den Zusammenschluß der Sparkassen Kierspe und Meinerzhagen.

Ich bin überzeugt davon, daß dies eine kommunalpolitisch richtige Entscheidung war, die die Bürgernähe der Stadtsparkasse und Arbeitsplätze hier vor Ort erhält und außerdem die Zusammenarbeit der Städte Meinerzhagen und Kierspe zukunftsweisend fördern wird.

Das zweite kommunalpolitisch herausragende Thema ist die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes. Auch hier fallen Entscheidungen, die zukunftsweisend sind. Kierspe benötigt mehr Flächen für Gewerbebetriebe und für den Wohnungsbau. Auch die Verkehrsprobleme in unserer Stadt bedürfen einer Lösung.

Wir würden uns über Ihre Mitarbeit und Ihre Anregungen, – und zwar besonders auch dann, wenn es nicht nur um die Probleme vor Ihrer eigenen Haustür geht – sehr freuen und laden Sie herzlich zu unserer Informationsveranstaltung am 19.9.1990 zum Thema "Flächennutzungsplanung" ein.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Marli Frike

(Marli Fricke)

1. Vorsitzende SPD-Ortsverein Kierspe

Flächennutzungsplanung - wie soll sich die Stadt Kierspe weiterentwickeln?



Die Stadt Kierspe hat den Märkischen Kreis beauftragt, den vorhandenen Flächennutzungsplan zu überarbeiten, zu ergänzen und den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das bedeutet, der Flächennutzungsplan wird komplett neu erstellt.

Was ist nun ein Flächennutzungsplan? Er ist Teil der Bauleitplanung und soll eine geordnete städtebauliche Entwicklung gewährleisten. Dies hat zum Wohl der Allgemeinheit unter Wahrung einer menschenwürdigen Umwelt zu erfolgen. Der Plan umfaßt das gesamte Gemeindegebiet und stellt die vorgesehenen Flächennutzungen und Infrastruktureinrichtungen dar.

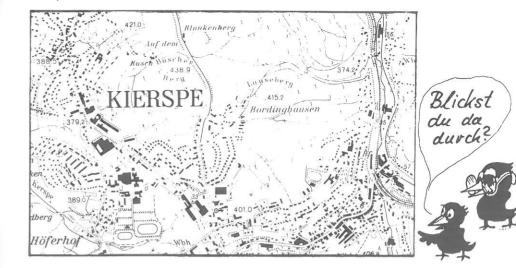
Im Einzelnen können das u.a. sein:

- a) Darstellung der baulichen Nutzung
- b) Gemeinbedarfsflächen
- c) Wohnbau- und Gewerbeflächen
- d) Sonderbauflächen
- e) Verkehrsflächen
- f) Flächen für Ver- und Entsorgung
- g) Flächen für Land- und Forstwirtschaft
- h) Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft
- i) Flächen mit Nutzungsbeschränkungen (Trinkwassereinzugsgebiete)



- Wartoffeln - Bauerwartungsland - Bauplätze!





Im Zuge der weiteren Bauleitplanung werden anhand des fertigen Flächennutzungsplanes die konkreten Bebauungspläne erarbeitet.

Bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes werden die Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, (z.B. Post, Bahn, Kirchen, Elektromark, BUND, Wupperverband etc) frühzeitig beteiligt. Zeitig vorher werden die Bürger über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung öffentlich unterrichtet.

Am 16.9. wird Bürgermeister Potthoff zu einer Bürgerversammlung einladen, auf der der Planvorentwurf erläutert und zur Diskussion gestellt wird. Ihre Anregungen und Ihre Kritik werden dort im Protokoll festgehalten, geprüft und u.U. in den überarbeiteten Plan einfließen.

Wie wichtig Ihre Beteiligung an solchen Bürgerversammlungen ist, mag ein Beispiel aus jüngster Zeit verdeutlichen. Die Bodenverseuchung durch die ehemalige Firma Dr. Deisting war offensichtlich vielen Kiersper Bürgern bekannt. Wäre bei der Erstellung des ersten Kiersper Flächennutzungsplanes bei den Bürgeranhörungen darauf hingewiesen worden, hätte es für die jetzt betroffenen Bauwilligen diese negativen Überraschungen nicht gegeben. Deshalb machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch, und geben Sie Ihre Bedenken und Anregungen zu Protokoll.

Da unsere verfügbaren Grundstücke für die Wohnbebauung und für die Ansiedlung von Betrieben nahezu ausgeschöpft sind, kommt der Ausweisung von neuen Wohnungsbau- und Gewerbegebieten besondere Bedeutung zu. Schon frühzeitig hat sich die SPD-Fraktion mit den vorliegenden Planentwürfen auseinandergesetzt und zusätzlich zu beachtende Kriterien entwickelt.

Dazu gehören:

- 1.) Neue Baugebiete sollten möglichst ohnehin schon überlastete Straßen im Stadtgebiet nicht noch zusätzlich belasten.
- 2.) Die Erschließung dieser Gebiete muß so preisgünstig wie möglich sein, da die finanziellen Möglichkeiten der Stadt in den nächsten Jahren sehr beschränkt sind.
- 3.) Die Abwasserbeseitigung muß langfristig gewährleistet sein.
- 4.) Die in Baugebieten ausgewiesenen Flächen müssen auch vom Eigentümer zur Bebauung freigegeben werden. (Verfügbarkeit der Flächen)

Damit wurden den Experten weitere Planungshilfen an die Hand gegeben. Am 19.9.1991 wird die SPD eine öffentliche Ortsvereinsversammlung zum Flächennutzungsplan durchführen. Kommen Sie zu uns, informieren Sie sich, machen Sie Ihren Einfluß geltend!

Fritz Voswinkel

Hallo Leute!

Bitte vormerken!

Wichtiger Termin:

Informationsveranstaltung der SPD Kierope zum E Flächennutzungoplan Hotel "Unter den Linden

Hallenhad und Blockheizkraftwerk

- zwei Fliegen mit einer Klappe -



Der SPD-Ortsverein und die Fraktion im Rat der Stadt haben sich einhellig für den Erhalt und die Modernisierung des Kiersper Hallenbades ausgesprochen.

Der kurzfristig zwingend notwendige Bau einer 4. Grundschule hat nun die Pläne, das Hallenbad für 4,5 - 7,5 Millionen DM zu einem attraktiven Freizeitbad auszubauen. Makulatur werden lassen.

Nichtsdestoweniger muß das Hallenbad möglichst schnell renoviert und familiengerechter ausgebaut werden. Nur dann werden einerseits wieder mehr Kiersper das Hallenbad benutzen und es können andererseits die Unterhaltungskosten gesenkt werden. - Von einem städtischen Zuschuß von über 500.000 DM jährlich, müssen wir herunter - .

Einen besonderen Knackpunkt bildet dabei die Heizungsanlage. Sie ist völlig veraltet und vergeudet wertvolle Energie, belastet damit die Umwelt und den Stadtsäckel, zudem droht jederzeit ein totaler Kollaps.

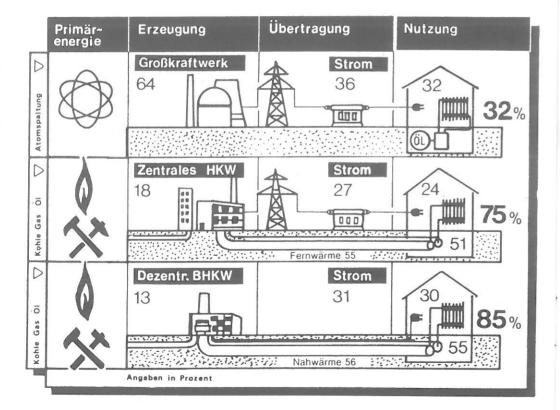
In dieser Situation drängt sich die Überlegung zum Bau eines Blockheizkraftwerks (BHKW) für das Schul- und Sportzentrum geradezu auf.

Schon im Energiekonzept der Stadt Kierspe vom März 1986 werden einem BHKW in diesem Bereich "gute Amortisationszeiten in Aussicht gestellt."

Mit einer weiteren Schule in diesem Bereich müssen die Voraussetzungen noch besser werden, auch wenn in den einzelnen Gebäudekomplexen der Energiebedarf durch andere Maßnahmen gesenkt wird.

Zudem sind BHKWs heute aus dem Versuchsstadium heraus und technisch ausgereift. Die Stadtwerke Lüdenscheid betreiben z.B. schon mehrere Anlagen. Allerdings hängt die Wirtschaftlichkeit der BHKWs sehr stark von der weiteren Existenz des Hallenbades ab, denn ein gleichmäßiger Wärmebedarf über das ganze Jahr ist eine wesentliche Bedingung für die Ökonomie der Kraft-Wärme-Kopplung. Das bedeutet aber andererseits auch, wenn wir das Hallenbad erhalten wollen, dann ist ein BHKW nahezu zwingend. Knappe Kassen sind ein Argument für energieeinsparende Investitionen.

Energieumwandlungsverluste im Vergleich bei Großkraftwerken, Heizkraftwerken (HKW) und Blockheizkraftwerken (BHKW)



In Wärmekraftwerken werden weniger als 40% der eingesetzten Energie in nutzbaren elektrischen Strom umgewandelt. Der Rest geht größtenteils als Abwärme verloren.

Die gekoppelte Produktion von elektrischer Energie und Wärme (auch Kraft-Wärme-Kopplung genannt) in einem BHKW erhöht die gesamte nutzbare Energieausbeute auf über 80%.

Damit ist der Gesamtwirkungsgrad größer als bei getrennter Erzeugung von Kraft (Strom) und Wärme in separaten Anlagen.

Praktisch wirkt sich das so aus: In einem BHKW wird z.B. mit einem Kolbenmotor, der mit Gas betrieben werden kann, ein Generator angetrieben, der den Strom erzeugt. Die Wärme des Kühlwassers und der Abgase werden zu Heizzwecken genutzt.

Mittlerweile hat die Elektromark der Stadt angeboten, ein BHKW zu bauen und zu betreiben, und das Schul- und Sportzentrum zu "marktüblichen Preisen" mit Wärme zu versorgen. Die SPD-Fraktion hat daraufhin die Verwaltung aufgefordert, durch ein unabhängiges Fachgutachten untersuchen zu lassen, welche der 3 folgenden Möglichkeiten für die Stadt am günstigsten sind:

- 1. Ein BHKW der Elektromark und Kauf der Wärme durch die Stadt.
- 2. Ein BHKW in Regie der Stadtwerke GmbH und Verkauf des Stromes an die Elektromark.
- 3. Ein BHKW in Regie der Stadtwerke GmbH mit Stromeinspeisung ins eigene Netz.

Die Fragen müssen möglichst schnell geklärt werden, denn spätestens mit dem Bau der neuen Grundschule muß das Konzept stehen.

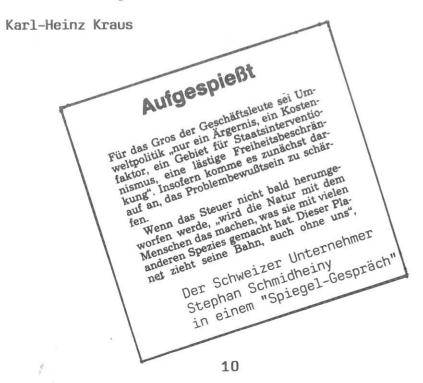
In den Zielvorstellungen zum Energieleitbild in der Stadt Kierspe heißt es u.a.

- "Die Stadt Kierspe betrachtet die Energieeinsparung als einfachste und naheliegendste Form und Reduzierung aller durch den Energieverbrauch enstehenden Belastungen und Kosten"
- "Die Stadt Kierspe wird am eigenen Gebäudebestand beispielhaft demonstrieren, welche Energieeinsparquoten bei einer Ausnutzung aller z.Z. technisch und wirtschaftlich zu realisierenden Maßnahmen zu erreichen sind"

und weiter

"Eine Senkung der Energiekosten für die öffentlich genutzten und von der Stadt unterhaltenen Baukörper trägt in einem erheblichen Maße mit zur Entlastung des kommunalen Finanzhaushalts bei!"

Ich meine, im Interesse unserer Umwelt und unserer städtischen Finanzen ist es höchste Zeit, daß dem guten Leitbild Taten folgen.



PFLEGEVERSICHERUNG: Heute für Dich morgen für mich!



Über zwei Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind auf Pflege angewiesen, und die Zahl der Bedürftigen nimmt ständig zu.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung angekündigt. Wir von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) meinen, er sollte jetzt endlich Ernst machen. Es darf nicht länger geduldet werden, daß der Schwanz mit dem Hund wedelt und die 10%-FDP ein so wichtiges Projekt verhindert.

Es muß endlich Schluß damit sein, daß Alte und Kranke nach einem arbeitsreichen Leben zu Taschengeldempfängern der Sozialämter werden.

Erich Mürmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Kierspe, sprach mit der Leiterin des Kiersper AWO-Seniorenzentrums, Frau Moser, über die Situation in Kierspe und über die Pflegeversicherung, die zur Zeit in aller Munde ist.

- E.M.: Frau Moser, als Leiterin des Kiersper AWO-Seniorenzentrums können Sie uns sicher die finanzielle Situation von Pflegebedürftigen erläutern.
- F.M.: In unserem Haus kostet ein Pflegeplatz zwischen 3000 und 3500 DM. Wenn wir jemanden aufnehmen, dann sind die Betroffenen erst einmal sehr erschrocken über diese hohen Kosten; in den meisten Fällen stellt sich sehr bald heraus, daß sie weder aus den laufenden Einnahmen der Pflegebedürftigen noch aus denen ihrer Angehörigen bestritten werden können.
- E.M.: Wie wird in diesen Fällen weiter verfahren?

F.M.: Zunächst wird versucht, die Kosten aus dem Vermögen der Bedürftigen zu decken. Hierzu werden alle Sach- und Geldwerte in Rechnung gestellt, bis auf die Vermögensschongrenze mit einem Betrag von ca. 5000 DM bleibt den kranken Menschen nichts. Wenn auch die Sach- und Geldwerte nicht mehr reichen, wird das Sozialamt eingeschaltet und überprüft, ob die Kinder und Enkel mit herangezogen werden können.

Das finde ich haarstraubend!



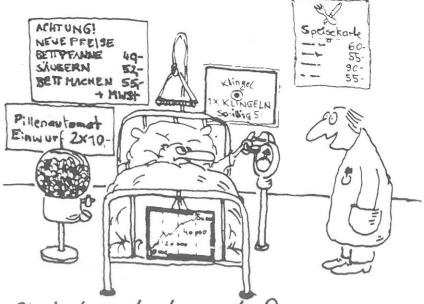
- Das könnte auch in Kierspe passiert sein -

Hans T., 80, hat bis heute nicht verschmerzt, daß er seiner Tochter nicht einmal das elterliche Haus vermachen kann. Er hat es verkaufen müssen, um die monatlichen Kosten für seine Pflege von mehr als 4000 DM bezahlen zu können.

Als Neunjähriger hatte er mitgeholfen, das Haus in Waltrop zu bauen, das der ganze Stolz der Arbeiterfamilie war.

Nach dem Tod seiner Eltern zogen Hans T. und seine Frau in das Haus. "Wir haben viel Geld hineingesteckt, umgebaut und alles immer in Schuß gehalten." Als seine Frau gestorben war, wohnte er zunächst bei seiner Tochter, denn alleine kam er nicht mehr zurecht. Dann war die Pflege zu Hause nicht mehr möglich und er bekam einen Platz im Seniorenzentrum – der Preis war das Haus!

"Zwei Generationen haben dafür gearbeitet, und jetzt ist alles weg!"



Sie haben doch noch Reserven bei ihrer 1. Hypothek!

- E.M.: Wann sollte Ihrer Meinung nach eine Pflegeversicherung eingeführt werden?
- F.M.: So schnell wie möglich! Ich halte die Aussage des AWO-Bundesvorstandes für richtig: "Es ist 5 nach 12!"
- E.M.: Was halten Sie von dem Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion? Erscheint er Ihnen angemessen und praktikabel?
- F.M.: Ich habe mir die Eckwerte des Entwurfs angesehen und halte ihn für durchführbar und seine Finanzierung für sozial ausgewogen. Auch der Entwurf der CDU-Sozialausschüsse taugt etwas.
- E.M.: Wie steht es mit dem Vorschlag der FDP, eine private, also keine gesetzliche Pflegeversicherung einzuführen?
- F.M.: Das ist mir sozial nicht ausgewogen genug, denn die Beiträge würden sich nach dem Eintrittsalter der Personen staffeln; die Belastung der Überfünfzigjährigen wäre viel zu hoch. Außerdem befürchte ich, daß wir dann Pflegepatienten erster und zweiter Klasse hätten, je nach der abgeschlossenen Versicherung.
- E.M.: Frau Moser, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

13

§ 218 : Der Schutz des ungeborenen Lebens

geht nur mit den Müttern, nicht gegen Sie!



Der Paragraph 218 ist wieder Thema. Viele Argumente werden von neuem hin und hergewälzt, moralische Begriffe wie "Schutz des ungeborenen Lebens" werden strapaziert. Dennoch hat die Diskussion eine andere Dimension erreicht:

Zum einen beteiligen sich zunehmend Frauen an den öffentlichen Überlegungen, wenn sie auch letztendlich bei der Entscheidung über das zu verabschiedende Gesetz in der Minderheit sein werden.

Zum anderen wird etwas sensibler mit dem Thema umgegangen. Selbst einige Vertreter der großen Kirchen bestehen nicht mehr auf der Bestrafung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Doch das alte Problem bleibt. Die konservativen Kräfte, vorab die CSU mit ihren "Ansbacher Erklärungen" – und mit ihr die CDU – sprechen Frauen das Selbstbestimmungsrecht bei Schwangerschaftskonflikten ab. Bei der Verhütung hat die Frau zumeist die volle Verantwortung und finanzielle Belastung zu tragen. Sie muß sich entscheiden, ob sie z.B. nach den strengen Moralvorstellungen des Papstes handelt, oder ob sie sich die Pille kauft.

Auch nach der Geburt eines Kindes, mit dem sich ihre Lebenssituation völlig verändert, wird sie häufig mit allem, was Erziehung bedeutet, allein gelassen. Wenn dann etwas schief geht, ist sie die ausschließlich Verantwortliche.

In der Konfliktsituation wird der Frau jedoch mit Druckmitteln Angst gemacht. Durch Zwangsberatung wird ihr das
Gefühl gegeben, als würde sie sich leichtfertig zu dem
Schritt der Abtreibung mit all seinen Folgeerscheinungen
entscheiden. Mit diesen Mitteln meint man die Abtreibungsrate senken zu können. Dabei zeigen Untersuchungen über
Schwangerschaftsabbrüche im internationalen Vergleich, daß
sich durch Zwang und Druck die Abtreibungszahlen nicht verringern lassen.

Vielmehr kann hier nur eine Stärkung der Selbstverantwortung etwas verändern, auch durch die Aufhebung von Strafandrohung bei Abtreibung in den ersten drei Monaten. Die Beratung ist hier ein wichtiges Element, aber nur auf freiwilliger Basis.

Der Schutz des ungeborenen Lebens geht nur mit den Müttern, nicht gegen sie.

Weiter ist unbedingt wichtig:

- vermehrte Aufklärung
- die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln
- finanzielle Unterstützung von Mutter und Kind
- öffentliche Erziehungsmöglichkeiten in Kindergarten und Hort

An der Durchsetzung dieser Forderungen müssen alle arbeiten, vom Bundesadler bis zum Kiersper Rauk, besonders die weiblichen Flügel!

Petra Crone



Aus der Distanz betrachtet: Der Golfkrieg



Gestern noch erschütterten sie die Menschen in aller Welt; heute sind sie schon halbvergessene Geschichte: Die Ereignisse des Golfkriegs.

Wir erinnern uns kaum noch an Daten:

02.08.90: Irakische Truppen besetzen Kuweit

15.01.91: Das Ultimatum der UNO zum Rückzug des Iraks

läuft ab

17.01.91: Die Kriegshandlungen beginnen mit Luftangriffen

der Alliierten

28.02.91: Präsident Bush verkündet die Feuerpause

Besser erinnern wir uns an einige Bilder:

Das besetzte Kuweit – Saddam Hussein mit Geiseln – den amerikanischen Truppenaufmarsch – Kriegsbeginn mit Luftangriffen – Raketen auf Israel – einen zerstörten Luftschutzbunker in Bagdad – ungezählte Tote – brennende Ölfelder – ölverseuchtes Meer.

Wir fragen uns, war dies der erste Krieg in einer Reihe von noch bevorstehenden Nord-Süd-Auseinandersetzungen? Was ist unsere deutsche Rolle in einer Welt, die zwar den Ost-West-Konflikt überwunden hat, auf der jedoch genug Konfliktherde übriggeblieben sind und ständig neue entstehen? Können Kriege in dieser Welt noch zu Lösungen führen?

Betrachten wir den Golfkrieg aus der zeitlichen Distanz der vergangenen Monate:

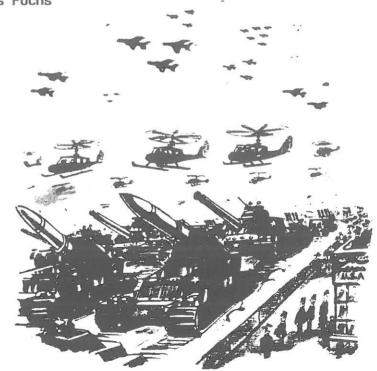
Kuweit wurde befreit, aber die Unterdrückten und Unterdrücker haben nur erneut die Rollen vertauscht; von Demokratie redet kaum noch jemand. Der Irak wurde zerbombt, aber das Hussein-Regime kann sein Volk weiter unterdrücken und Kurden wie Schiiten verfolgen.

Die UNO-Resolution zu Kuweit wurde durchgesetzt, aber das Unvermögen der UNO, einen Konflikt frühzeitig und friedlich beizulegen, ist in den Geschichtsbüchern festgeschrieben. Keines der ursächlichen Probleme ist nachhaltig gelöst worden. Der Frieden in Nah-Ost steht weiterhin auf tönernen Füßen.

Angesichts dieser Resultate war die Nichtbeteiligung der Deutschen am Golfkrieg die einzig richtige Politik. Die Erkenntnisse über die Sinnlosigkeit aller Kriege muß auch in Zukunft die deutsche Politik bestimmen. Ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO ist in jedem Fall unnötig und falsch.

Deutschland muß sich hingegen mit seinem ganzen gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Gewicht für eine Lösung des Nord-Süd-Konfliktes zwischen den reichen und armen Ländern dieser Welt einsetzen. Gelingt dies nicht, so ist der nächste "Golfkrieg" nur eine Frage der Zeit.

Thomas Fuchs



"Es ist schwer zu glauben, daß es für alles eine nichtmilitärische Lösung geben soll."

Zur Diskussion der Kommunalreform

Brauchen wir einen "Gemeindekanzler"?



In unserem Bundesland NRW wird schon seit längerer Zeit in den Parteien und in den Räten darüber diskutiert, ob wir eine neue "Gemeindeverfassung" brauchen. D.h., ob die Gemeinden anders als bisher "regiert" oder besser gesagt, ob sie anders "verwaltet" werden sollen.

Lieber Rauk-Leser, Sie meinen, es sei doch alles bestens geregelt? Oder meinen Sie, es sei doch sowieso gleichgültig, die Verwaltung würde doch machen was sie wolle, unabhängig davon, wer im Rat die Mehrheit habe, egal wer Bürgermeister sei? Wer hat sich nicht schon manches Mal über diese oder jene Entscheidung der "Stadt" (wer ist das eigentlich?) geärgert und gemeint, wenn er Bürgermeister wäre, würde er schon zeigen, wo's lang geht?

Wer hat nun eigentlich das Sagen in der Gemeinde? Der Rat, der Bürgermeister, der Stadtdirektor, die Verwaltung? Um es vorweg zu nehmen: Der Rat ist für die Verwaltung der Gemeinde allein zuständig und verantwortlich. Er kann aber sicherlich nicht über jede Kleinigkeit eine Sitzung abhalten. Deshalb gibt es die sinnvolle Regelung, daß für "Geschäfte der laufenden Verwaltung" der Stadtdirektor zuständig ist, es sei denn, der Rat meint, die Angelegenheit selbst entscheiden zu müssen. Der Stadtdirektor ist der Chef im Rathaus und der Vorgesetzte aller dort arbeitenden Beamten, Angestellten und Arbeiter. Er ist dafür zuständig, daß die Gesetze eingehalten werden und daß die Verwaltung auch das macht, was der Rat beschlossen hat.

Und was macht nun der Bürgermeister? Er ist der Vorsitzende des Rates und für die Einberufung und Leitung der Sitzungen verantwortlich. Gleichzeitig ist er damit als erster Mann im Rat der erste Vertreter aller Bürger in einer Gemeinde, ihr "Repräsentant", also sozusagen ihr "Bundespräsident" und ihr "Bundestagspräsident" in einer Person, aber nicht ihr "Bundeskanzler". Eine Position mit der Machtbefugnis gibt es in der Gemeinde nicht.



Es gibt also an der Spitze der Stadt zwei Ämter: den Stadtdirektor als Chef der Verwaltung und den Bürgermeister als
Vorsitzender des Rates. Nun wird argumentiert, es gäbe viel
Reibungsverlust dadurch, daß sich Bürgermeister und Stadtdirektor oft gegenseitig ins Gehege kämen. Deshalb möchten
einige auch in NRW diese "Doppelspitze" abschaffen. In den
meisten anderen Bundesländern gibt es nämlich nur den
"Bürgermeister", oft von den Wählern direkt und nicht vom
Rat gewählt. Das ist dann der eine mächtige Mann oder
(selten genug) die eine mächtige Frau, der sowohl das
Sagen in der Verwaltung hat, dem Rat vorsteht und gleichzeitig die Bürger repräsentiert. Ob das die Arbeit der
Verwaltung effektiver und bürgerfreundlicher macht, ist
anzuzweifeln. Die Machtfülle dieser Art von Bürgermeister
ist sicherlich durch den Rat schwer zu kontrollieren.



"Wer dagegen ist, hebe seine Hand und hole seine Entlassungspapiere!"

Man kann ganz sicher sein, daß der Rat als Ganzes und die einzelnen Ratsmitglieder dann nicht mehr die Möglichkeit haben werden, sich für die Belange der Bürger auch gegen die Verwaltung einzusetzen, wenn der Bürgermeister gleichzeitig Chef der Verwaltung ist.

Kritik an der Verwaltung, selbst wenn sie berechtigt ist, trifft dann auch gleichzeitig den Bürgermeister. Auch die repräsentativen Pflichten der "Stadtoberhäupter" legen eher eine Arbeitsteilung nahe. Wenn man sieht, wo schon heute der "Amateurbürgermeister" und sein Stellvertreter und seine Stellvertreterin und der Stadtdirektor überall gern gesehene Gäste sind, dann fragt man sich, wie soll das ein "Berufsbürgermeister" in seiner Doppelfunktion allein bewältigen.

Daneben wird noch ein zweiter Punkt diskutiert. Soll es einen sogenannten Gemeindevorstand geben, einen Ausschuß, in dem sowohl Vertreter der Verwaltung als auch Mitglieder des Rates sitzen? Dieses Gremium soll die Arbeit des Rates und der Verwaltung planen, koordinieren, soll Entscheidungen vorbereiten, soll auch gemeinsam "Geschäfte der laufenden Verwaltung" erledigen. Eine Art "Überrat" also, der damit von vornherein die Ratsmitglieder in zwei Klassen einteilt. Einem normalen Arbeitnehmer gelingt es schon jetzt schwer, die viele Zeit für die Ratsarbeit aufzubringen. Wer aber diesem Gremium angehören wird, ist allein durch die notwendig häufigen Sitzungen so eingespannt, daß dafür nur noch ein begrenzter Berufskreis zur Verfügung stehen würde. Damit würde eine Entwicklung gefördert, die schon jetzt mit aroßem Mißtrauen zu betrachten ist.

Was Städte und Gemeinden nötig haben, um ihre Aufgaben selbstständig lösen zu können, sind mehr politisch aktive Bürger in den Parteien und Fraktionen und ist eine bessere und verlässliche Ausstattung mit finanziellen Mitteln. Weder ein mächtiger Bürgermeister noch ein Gemeindevorstand wird hier Verbesserungen bringen können.

Fritz Schmid



A C H T U N G:

Nutzen Sie Ihre Chance zur Information und Mitgestaltung.

Der Bürgermeister, H.W. Potthoff, lädt für Montag, den 16. September 1990 um 19,00 Uhr zu einer Einwohnerversammlung in den Ratssaal ein.

Tagesordnungspunkte:

Flächennutzungsplanung Situation der Abfallbeseitigung

Baumschutzsatzung



WIEVIEL WÜRDEN DIE WOHL KASSIEREN, WENN SIE MIT LÜDENSCHEID FUSIONIERT HÄTTEN?

Unsere VertreterInnen im Rat der Stadt Kierspe:

Heinz-Willi Potthoff (Bürgermeister) Hammerkamp 21 Telefon 3652

Marli Fricke (stelly. Bürgermeisterin) Haunerbusch 40 Telefon 4254

Fritz Voswinkel (Fraktionsvorsitzender) Kerspeweg 13 Telefon 02269/565

Karl-Heinz Kraus (stelly. Fraktionsvorsitzender)

Husarenweg 2 Telefon 3466

Michael Brück Kiersperhagen 4 Telefon 1304

Ulrich Duffe (Vorsitzender Umweltausschuß)

Schmiedestraße 19 Telefon 3919

Detlef Kleinhofer Stormweg 26 Telefon 3737

Jochen Koch Kerspeweg 5 Telefon 02269/560

Angelika Küßner Goethestraße 63 Telefon 6552

Jürgen Lange (Vorsitzender Kulturausschuß)

Breslauer Straße 3 Telefon 3729

Frich Mürmann Wilbringhauser Straße 31 Telefon 6361

Karl-Heinz Ostermann

Am Baumhof 3 Telefon 3390

Annmarei Roth (Vorsitzende Sozialausschuß) In der Grüne 11 Schubertstraße 27

Heide Wieland

Telefon 7673

Unser Vertreter im Kreistag:

Ulrich Duffe

Telefon 4384

Schmiedestraße 19

Telefon 3919

Unsere Vertreterin im Landtag:

Irmgard Schmid

Am Hedberg 21

Telefon 3895



Verantwortlich: Marli Fricke, Haunerbusch 40

(1. Vorsitzende SPD-OV Kierspe)

Gestaltung: Karl-Heinz Kraus